

Zeitungsausschnitt

<input type="radio"/>	WAZ/WR	Westdeutsche Allg. Zeitung/Westfälische Rundschau	
<input type="radio"/>	RN	Ruhrnachrichten	<input checked="" type="checkbox"/> örtlich <u>W</u>
<input checked="" type="radio"/>	WZ	Westdeutsche Zeitung	<input type="radio"/> Gesamtausgabe
<input type="radio"/>	_____	_____	vom <u>09.03.36</u>

Feuerwehrleute fühlen sich verschaukelt

Der Beschluß zur Neustrukturierung der
Freiwilligen Feuerwehr wurde
auf Drängen der SPD verschoben.

Von Jens Peter Iven

Noch schwelt die Unzufriedenheit in der Freiwilligen Feuerwehr, doch ein „offenes Feuer“ wird nicht mehr lange auf sich warten lassen: Die ehrenamtlichen Blauröcke sind sauer, weil auf Drängen der SPD der Beschluß zur Neustrukturierung der Freiwilligen Feuerwehr verschoben worden ist.

„Irgendwie muß die Politik ja auch mal in der Lage sein, einen Beschluß zu fassen“, wettet Eberhard Stuhr, Sprecher der Freiwilligen Feuerwehr. Nach der umstrittenen — seinerzeit maßgeblich von der SPD durchgesetzten — Schließung der Löscheinheiten Barmen und Elberfeld war ein Gutachten zur Neustrukturierung der Ehrenamtlichen in Auftrag gegeben worden. Das liegt seit langem vor. Fazit: Diverse Einheiten sollen geschlossen werden, aber an den verbleibenden Standorten müssen Millionen investiert werden.

„Das war der Politik wohl zu teuer“, mutmaßt Stuhr, warum dann doch Berufs- und Freiwillige Feuerwehr beauftragt wurden, ein neues Konzept vorzulegen. Allerdings waren auch die Freiwilligen mit den vorgeschlagenen Schließungen keineswegs einverstanden. Schließlich legte

die Feuerwehr ein Spar-Papier vor, dem — nach erheblichen Geburtswunden — die meisten Löscheinheiten zustimmten. In der Politik, so Stuhr, sei dies auf erklärte Zustimmung aller Fraktionen gestoßen. Noch vor der Osterpause sollte der Plan nach Beratungen in den Bezirksvertretungen beschlossen werden. Nun zog die SPD für die Freiwilligen völlig unverhofft die Bremse — weil man noch Beratungsbedarf habe.

„Wir haben unsere Hausaufgaben gemacht“, meint auch Einheitsführer Wilfried Schrahe, wenn die SPD jetzt die Diskussion von vorne anfangen, gehe das Vertrauen der ehrenamtlichen Feuerwehrleute in die Politik verloren. In den Reihen der Freiwilligen vermutet man, daß die SPD aufgrund der schlechten Finanzlage der Stadt Einsparungen bei Berufs- und Freiwilliger Feuerwehr in großem Stil durchsetzen will. In der Tat haben sich die Wuppertaler Sozialdemokraten schon in anderen Großstädten in Sachen Feuerwehr und Einsparungen informiert.

Eberhard Stuhr fürchtet, daß die SPD weitere Löscheinheiten schließen will: „Wenn das passiert, streben wir ein Bürgerbegehren an“, sagt er den Kommunalpolitikern den Kampf an.

KOMMENTAR

Das Wasser abgedreht

Von Jens Peter Iven

Ja, wie denn nun? Erst hält auch die SPD das neue Feuerwehr-Konzept für gut, und dann hat sie plötzlich noch Beratungsbedarf. Daß sich da die Freiwilligen veräppelt fühlen, ist klar. Zu frisch ist die Erinnerung an die Schließung der Löscheinheiten Barmen und Elberfeld: Damals war es die SPD, die sie durchsetzte, um erst danach ein Struktur-Gutachten zur Freiwilligen Feuerwehr in Auftrag zu geben.

Wie sich die Bilder ähneln: Jetzt hat die SPD erklärt, sie müsse noch einmal über alles nachdenken, aber gleichzeitig kämpft sie für den Bau eines Sozialraumes am Gerätehaus der Löscheinheit Herbringhausen — obwohl die Sozialdemokraten doch erklärtermaßen gar nicht wissen, wie es mit der Wehr weitergeht; offiziell heißt es nur nebulös, man müsse über alles noch einmal

„aus finanzpolitischer Sicht“ nachdenken. Vielleicht wird am Ende Herbringhausen ja dichtgemacht. Und was bitte soll dann der Sozialraum? Doch das ist ein altes SPD-Versprechen an die Bürger in Herbringhausen, ihnen einen Versammlungsraum zu schaffen.

Aber mit den Versprechen ist das so eine Sache: Als die Löscheinheiten Elberfeld und Barmen geschlossen wurden, war den Freiwilligen auch versprochen worden, der Erlös aus dem Verkauf der Gebäude werde bei den Wehren re-investiert. Bis heute ist nichts passiert, weil die ehemaligen Gerätehäuser noch immer nicht verkauft worden sind. Das kümmert in der Politik niemanden. Wenn die Gewählten den Freiwilligen so das Wasser abdrehen, sollen sie sich nicht wundern, wenn jene ihnen mal ordentlich Feuer machen.